

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**31. Sitzung des Rates der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 11.11.2008 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
19:26

**Vorsitz**

Bürgermeister Knut vom Bovert

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann  
Stv. Peter Bartz  
Stv. Heinz Bogatzki  
Stv. Anette Braun-Kohl  
Stv. Harald Giebels  
Stv. Wolfgang Goeken  
Stv. Marlies Goetze  
Stv. Dr. Dieter Gräßler  
Stv. Gerd Holberg  
Stv. Jens Lemke  
Stv. Meike Lukat  
Stv. Klaus Mentrop  
Stv. Reiner Schüren  
Stv. Hildegard Treis  
Stv. Rainer Wetterau

**SPD-Fraktion**

Stv. Jürgen Boes  
Stv. Walter Drennhaus  
Stv. Ute Dörr  
Stv. Jörg Dürr  
Stv. Heinz Glaufügel  
Stv. Marion Klaus  
Stv. Michael Petersen  
Stv. Wilfried Pohler  
Stv. Bernd Stracke  
Stv. Heinrich Wolfesperger  
Stv. Ute Wollmann

**FDP-Fraktion**

Stv. Philip Daniel  
Stv. Friedhelm Kohl  
Stv. Dirk Raabe  
Stv. Michael Ruppert

Stv. Patrick Sobbe  
Stv. Klaus Straßburg  
Stv. Arnd Vossieg

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch  
Stv. Andreas Rehm  
Stv. Jochen Sack

**UWG-Fraktion**

Stv. Veli Malovic

**Verwaltung**

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld  
Herr Bernd Küper  
Frau Sylvia Lantzen  
Herr Günter Opfer  
Herr Michael Rennert  
Herr Wilhelm Terhardt  
Herr Wolfgang Voos

**Schriftführer**

Herr Fabian Winkler

**Personalrat**

Frau Hildegard Duncker

**Der/Die Vorsitzende Knut vom Bover** eröffnet um 17:00 Uhr die 31. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er/Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er/Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **1./ Fragerecht für Einwohner**

---

### **Protokoll:**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

## **2./ 1. Nachtragshaushalt 2008 - Beratung des Etats des Jugendamtes Vorlage: 51/002/2008**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Beschluss:**

„Der Etat des Jugendamtes wird gemäß dem Verwaltungsentwurf zum 1. Nachtragshaushalt 2008 beschlossen.“

---

### 3./ Verabschiedung des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2008 Vorlage: 20/003/2008

---

#### Protokoll:

**Bgm. vom Bovert** entschuldigt die krankheitsbedingt abwesende **Bgo. Formella**.

**Stv. Dr. Gräßler** berichtet über Ortstermine bei den im Zuge der Sanierung der Sportanlage Hochdahler Straße als Ausweichsportanlagen vorgesehenen Sportstätten am Gymnasium und der Walder Straße und bezeichnet deren Zustand als nicht ausreichend. Einige Sportarten wie z. B. Kugelstoßen seien hier nicht durchführbar. Hier möge die Verwaltung entweder noch für den Nachtrag oder das kommende Haushaltsjahr entsprechende Mittel vorsehen.

**Bgo. Buckesfeld** versichert, dies sei nicht erforderlich, weil bereits im Budget enthalten.

**Stv. Pohler** bittet evtl. Maßnahmen genau auf deren Sinnhaftigkeit zu überprüfen und weist exemplarisch auf zu weiche Böden hin. Weiterhin bittet er die Verlagerung der Sportanlage in Gruiten nicht aus den Augen zu verlieren und zumindest mittelfristig für gleiche Sportmöglichkeiten in Haan und Gruiten zu sorgen.

**Bgo. Buckesfeld** verspricht, die Nutzung der Ausweichquartiere für die Hochdahler Straße würden durch einen erhöhten Pflegeaufwand sichergestellt.

**Stv. Malovic** berichtet über eine defekte Duschanlage in der Sporthalle Steinkulle und eine defekte Sanitäranlage in der Sporthalle Adlerstraße.

**Bgo. Buckesfeld** wiederholt seine Bitte in solchen Fällen, eine sofortige Schadensmeldung an das Gebäudemanagement abzugeben.

**Stv. Giebels** erwähnt, dass der städtische Haushalt bislang keine Position für die Kosten der Verleihung des Sportabzeichens an Kinder und Jugendliche vorsehe. Bislang habe der Stadtsportbund diese Kosten getragen. Die CDU-Fraktion beantragt (Anlage 1) hierfür ab dem kommenden Haushaltsjahr eine Position vorzuhalten. Das Ziel eines Nachtragshaushaltes sei es, die Finanzströme der Stadt im abgelaufenen Kalenderjahr nachzuvollziehen. Die erfreulichen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer dürften nicht den Blick für die Realität verschleiern, dass weiterhin ein strukturelles Defizit bestehe. Ziel müsse es sein, Haan unabhängiger von konjunkturellen Schwankungen zu machen. Dabei sei eine weitere Gewerbeansiedlung und Ausweisung entsprechender Gebiete ungeachtet des daraus resultierenden Flächenverbrauches wichtig, um die Weiterentwicklung der Stadt voranzutreiben. Die Sanierung der städtischen Gebäude schreite voran.

**Stv. Pohler** führt aus, die SPD-Fraktion habe dem Haushalt 2008 nicht zugestimmt,

---

da die Hebesätze für die Gewerbesteuer zu niedrig angesetzt wurden. Ungeachtet der Tatsache, dass die gute Konjunktur der Gemeinde zu exorbitant hohen Steuereinnahmen verholfen habe, sollte im nächsten Haushaltsjahr nicht ohne Not auf höhere Einnahmen verzichtet werden. KiBiz sei nicht der Weisheit letzter Schluss. Dies zeige sich vor allem im quantitativ nicht ausreichenden Personal in vielen KiTas auch in Haan.

**Stv. Ruppert** sieht sich durch die Ansiedlung der Unternehmen Retsch und Amada im Gewerbegebiet Champagne<sup>2</sup> in der Hebesatzpolitik der letzten Jahre bestätigt. Die schwierigste Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sei die Entschuldung der Stadt voranzutreiben, um weiter handlungsfähig zu bleiben. Er sehe überwiegend positive Effekte durch das KiBiz.

**Stv. Malovic** lobt die gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik und führt hierauf die positive Entwicklung der Stadt zurück.

**Bgm. vom Bover** glaubt, die Ansiedlungen zweier Großsteuerzahler im neuen Gewerbegebiet bewiesen die Richtigkeit der Strategie, die Hebesätze der Gewerbesteuer vergleichsweise niedrig zu halten. Er nutzt die Gelegenheit allen Mitarbeitern der Verwaltung für ihre engagierte Tätigkeit und Einsatzbereitschaft auch an Wochenenden zu danken.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Beschluss:**

„Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2008 mit ihren Anlagen wird gemäß Anlage 1 beschlossen.“

## **4./ Bericht der Gleichstellungsbeauftragten** **Vorlage: GSB/001/2008**

---

### **Protokoll:**

**StOl Lantzen** verliest Teile ihres Berichtes (Anlage 2). Sie betont dabei die Wichtigkeit auch von externen Stellenausschreibungen. Arbeitsplatzsicherheit sei nicht nur für Frauen ein wichtiges Thema, daher sollte die Politik nicht auf Personalkosteneinsparungen und Stellenstreichungen pochen.

**Stv. Wollmann** spricht ihr Dank für einen mutigen Bericht aus. Sie stelle hierin die Personalpolitik der Verwaltung in Frage. Sie kritisiert, dass einen Großteil dieses Gremiums dieser Bericht nicht interessiert habe. Sie fragt, warum es der Verwaltung

---

nicht möglich sei, den Frauenförderplan umzusetzen und z.B. geschlechtsneutral auszuschreiben. In 2007 habe kein Mann eine Freistellungsphase für Elternzeit genommen.

**Stv. Giebels** bittet darum, den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten nicht nur als Tischvorlage sondern früher zugestellt zu bekommen, damit eine intensive Beratung stattfinden könne. Sein Eindruck sei, dass der Frauenförderplan nicht genügend durch die Verwaltung umgesetzt werde und verweist darauf, dass der Rat bei den meisten Personalentscheidungen gar nicht beteiligt sei.

**Stv. Lukat** hätte gern eine Aufstellung aller Stellenbesetzungen des laufenden Jahres in einer Übersicht und fragt, wie sich der Personalrat hierzu verhalten habe.

**StOVR Terhardt** stellt klar, die Verwaltung schreibe schon lange alle Stellen geschlechtsneutral aus. Insgesamt habe es in den letzten Jahren wenig Fluktuation in Leitungspositionen bei der Stadt Haan gegeben. Der Frauenanteil in der Feuerwehr konnte nicht erhöht werden, weil die weiblichen Bewerber den vorgeschriebenen Sport-Test nicht bestanden hätten. Fazit sei, dass die Verwaltung den Frauenförderplan einhalte.

**Stv. Ruppert** weist darauf hin, dass die Ämter 23, 63, 65 und die Kämmerei von weiblichen Personen geleitet würden und Haan im Verhältnis zur Größe seiner Verwaltung hier gut abschneide.

**Stv. Rehm** empfiehlt, dieses Thema im Arbeitskreis Personal u Organisation zu behandeln. Auch ermutigt er die Gleichstellungsbeauftragte regelmäßige Zwischenberichte an die Politik zu verfassen. Abschließend möchte er wissen, wie die Verwaltung konkret mit diesem Bericht umginge.

**Stv. Malovic** fordert die Gleichstellungsbeauftragte dazu auf, mit ihren Problemen direkt auf die Fraktionen zuzukommen.

**Stv. Pohler** unterstützt den Vorschlag des **Stv. Rehm**, regt aber eine Vorstellung dieser Arbeitsergebnisse im HFA an.

**Stv. Giebels** wünscht sich zur intensiveren Auseinandersetzung mit diesem Thema weitere Zahlen :

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Stadtverwaltung Haan
- Rückkehr aus dem Mutterschutz, evtl. Teilzeitbeschäftigung
- Angebot von Heimarbeitsplätzen

**StOVR Terhardt** erklärt, die Kritikpunkte würden mit der Gleichstellungsbeauftragten besprochen und wunschgemäß in den Arbeitskreis Personal eingebracht. Allen Anträgen auf Teilzeitbeschäftigung sei in der jüngeren Vergangenheit entsprochen worden.

**Abstimmungsergebnis:**

---

einvernehmlich

### **Beschluss:**

„Der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten wird unter der Maßgabe einer weiteren Beratung der Thematik im Arbeitskreis Personal und Organisation zur Kenntnis genommen.“

### **5./ Informationskampagne für Erstwählerinnen und -wähler Antrag der SPD-Fraktion vom 26.09.2008 Vorlage: 32-2/003/2008**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Wetterau** regt eine einfachere Form der Unterrichtung junger Wähler mit verwaltungseigenen Kräften an. Dies sei neben einer Organisations- auch eine Kostenfrage.

**Stv. Pohler** sieht eine Federführung durch das Jugendparlament problematisch, da es noch gar nicht gegründet sei und in seiner Startphase genug andere Probleme zu bewältigen habe. Fachgremien und Schulen seien zu beteiligen. Ziel müsse es sein, so viele junge Menschen wie möglich mit dieser Kampagne zu erreichen.

**Stv. Sack** findet die Vorlage der Verwaltung hingegen überzeugend. Der Jugendhilfeausschuss habe ein aktives Interesse an einer Beteiligung. Zwar hätten die Schulen den Bildungsauftrag, aber oft kein in dieser Frage ausreichend qualifiziertes Personal. Das Jugendparlament solle den Kontakt zu den Jugendlichen herstellen und das nötige Geld investiert werden.

**Stv. Braun-Kohl** vertritt eine schlanke Strategie zur Information der jungen Wähler und sieht das Jugendparlament mit dieser Aufgabe in seiner Findungsphase überfordert. Sie erinnert an frühere Gepflogenheiten, den Jugendlichen „Geburtstagsbriefe“ mit entsprechenden Informationen zukommen zu lassen. Als hilfreich bezeichnet sie darüber hinaus, die Einstellung von Informationen in jugendgerechter Sprache auf der städtischen Website, da die Jugend heute vorwiegend das Internet zur Information nutze.

**Stv. Malovic** meint, die Verwaltung solle selbst an die Schulen gehen und Informationen verteilen.

Auch **Stv. Ruppert** sieht das Jugendparlament allein mit dieser Aufgabe überfordert. Er glaubt, dass ein wesentlicher Kontakt zu den jungen Wählern nur über die Schulen möglich sei und berichtet von einer Pflichtveranstaltung des Haaner Gymnasiums vor ein paar Jahren, als eine Podiumsdiskussion mit politischen Inhalten und anschließender Probewahl durchgeführt wurde.

**Stv. Schüren** schlägt vor, aus der Fraktionsvorsitzendenrunde heraus einen öffentlichen Appell an alle Jungwähler zu richten, ihr Wahlrecht aktiv zu nutzen.

**Stv. Dr. Gräßler** ist das zu wenig. Den Erstwählern müssten Grundsätze und Folgen einer Wahl vermittelt werden.

**Bgm. vom Bovert** verspricht, die Anregungen aufzuarbeiten und im nächsten Sitzungszyklus in Form einer weiterentwickelten Vorlage zu präsentieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

### **Beschluss:**

„Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.“

- 6./ Bildung eines Senior(inn)enbeirats**  
- **Satzung des Senior(inn)enbeirats der Stadt Haan**  
- **Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Senior(inn)enbeirats der Stadt Haan**  
Vorlage: 51/009/2008
- 

### **Protokoll:**

**Stv. Braun-Kohl** bittet wie schon im HFA um Änderung des § 8 der Wahlordnung, hier sollten 5 statt der 3 vorgesehenen Personen aufgeführt werden, damit die Wähler sehen, wer sich hinter welcher Liste verbirgt. Da es sich um eine reine Listenwahl handele und Vertreter aus beiden Ortsteilen teilnähmen, sei das Aufführen von 5 Personen besser für die Transparenz.

**StORR Rennert** erklärt, rechtlich sehe er kein Problem auch 5 Personen aufzuführen. Die Verwaltung habe sich hier an die Regelung in der Kommunalwahlordnung angelehnt.

**Stv. Pohler** hofft, dass es den interessierten Wählern möglich sei, die komplette Namenslisten einzusehen.

Dies wird von **StORR Rennert** bestätigt.

**Stv. Malovic** erklärt, die Einführung des Seniorenbeirats erst vorantreiben zu wollen,

---

wenn das Jugendparlament konstituiert sei. Daher werde die UWG-Fraktion diesen Beschlussvorschlag ablehnen.

**Stv. Pohler** macht deutlich, dass die Einrichtung des Seniorenbeirats bereits beschlossen worden sei und es heute nur um Satzung, Wahlordnung etc. gehe.

Bezüglich des Ansinnens der CDU-Fraktion besteht größtenteils Einvernehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

37 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

### **Beschluss:**

„Zur Bildung eines Senior(inn)enbeirats wird die in Anlage 1 beigefügte Satzung des Senior(inn)enbeirats der Stadt Haan vom 11.11.2008 sowie die in Anlage 2 beigefügte Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Senior(inn)enbeirats der Stadt Haan vom 11.11.2008 beschlossen. In § 8 Satz 3 der Wahlordnung wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.“

### **7./ Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren**

**(Anträge für verschiedene Kindertageseinrichtung; Anträge a) - g)  
Vorlage: 51/001/2008**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Beschluss:**

„1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren (RdErl. des

---

Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration vom 09.05.2008)  
Förderanträge an das Landesjugendamt (LVR Köln) zu richten für die

- a) Kindertageseinrichtung Am Bandenfeld 110 in Höhe von 17.500 EUR;
- b) Kindertageseinrichtung in der Käthe-Kollwitz-Str. 1 in Höhe von 7.008,05 EUR;
- c) Kindertageseinrichtung im Heinhauser Weg 8 in Höhe von 18.700 EUR für das Jahr 2008 und in Höhe von 10.600 EUR für das Jahr 2009;
- d) Kindertageseinrichtung in der Bismarckstr. 10 in Höhe von 17.765,50 EUR;
- e) Kindertageseinrichtung in der Düsseldorf Str. 7 in Höhe von 33.631 EUR;
- f) Kindertageseinrichtung in der Bachstr. 64 in Höhe von 38.650 EUR;
- g) Kindertageseinrichtung Friedrichstr. 54 in Höhe von 2.088,50 EUR.

2. Die Stadt Haan gewährt den Trägern zu den unter 1. des Beschlussentwurfs aufgeführten Zuwendungsanträgen einen städtischen Zuschuss von jeweils (mindestens) 10 % der Zuwendung für die

- a) Kindertageseinrichtung Am Bandenfeld 110 in Höhe von 1.750 EUR;
- b) Kindertageseinrichtung in der Käthe-Kollwitz-Str. 1 in Höhe von 700,81 EUR;
- c) Kindertageseinrichtung im Heinhauser Weg 8 in Höhe von 1.870 EUR für das Jahr 2008 und vorbehaltlich der zu treffenden Entscheidung über die Gruppenbildungen für das Kindergartenjahr ab 01.09.2009 in Höhe von 1.060 EUR;
- d) Kindertageseinrichtung in der Bismarckstr. 10 in Höhe von 1.776,55 EUR;
- e) (Düsseldorf Str. 7: kein Beschluss erforderlich)
- f) Kindertageseinrichtung in der Bachstr. 64 in Höhe von 3.865 EUR;
- g) Kindertageseinrichtung Friedrichstr. 54 in Höhe von 208,85 EUR.“

**8./ Städtischer Zuschuss für die Kindertageseinrichtung Friedrichstr. 54  
- Antrag des Waldorfkindergartens Haan e.V. vom 24.06.2008  
Vorlage: 51/003/2008**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

„Die Stadt Haan gewährt dem Waldorfkindergarten Haan e.V., Parkstr. 29, Haan, für die „KiBiz-Gruppe“ in der Friedrichstr. 54, Haan, für das Kindergartenjahr 2008/2009 (01.08.2008 - 31.07.2009) anstelle eines nicht zu gewährenden Jugendamtszuschus-

---

ses nach § 20 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) einen städtischen Zuschuss im Umfang von bis zu 3 Kindpauschalen in Höhe von 8.841,70 EUR je Kindpauschale (= insgesamt 26.525,10 EUR/Jahr), sofern das Landesjugendamt den Betrieb der Gruppe mit weniger als 10 Kindern, jedoch mit mindestens 7 Kindern, genehmigt und es nicht gelingt, den Betriebsaufwand mit Genehmigung des Landesjugendamtes (Reduzierung der Personalstunden) zu senken .“

- 9./ Bebauungsplan Nr. 119 "Flurstraße/Östliche Hochdahler Straße" als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB;  
24. Änderung des Flächennutzungsplans im Wege der Berichtigung  
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, § 3(1), (2), § 4 und § 4a (3) S.4 BauGB;  
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB  
Vorlage: 61/013/2008**
- 

Gemäß Zurückstellungsbeschluss aus dem HFA, wurde dieser TOP zu Beginn der Sitzung des Rates von der Tagesordnung genommen und wird in der nächsten Sitzung des PIUVA wieder beraten.

- 10./ Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 90 "Schallbruch" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB  
Vorlage: 61/010/2008**
- 

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**Beschluss:**

- „1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 90 „Schallbruch“ wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 23.10.2007 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in Haan-Ost. Der räumliche Geltungsbereich wird begrenzt durch die Straße Schallbruch im Westen und Osten, die A 46 im Norden und durch die Elberfelder Straße im Süden. Die genaue Darstellung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.“

- 11./ 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 43 "Untere Landstraße" als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB;  
14. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Untere Landstraße" im Wege der Berichtigung  
hier: Beschluss über die angegebenen Stellungnahmen, § 3 (1), (2), § 4 (1), (2) BauGG; Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB  
Beschluss zur Anpassung des Flächennutzungsplans  
Vorlage: 61/009/2008**
- 

**Abstimmungsergebnis:**

18 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 15 Enthaltungen

**Beschluss:**

- „1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 43 „Untere Landstraße“ wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom

---

01.10.2008 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich im Osten der Stadt Haan im unmittelbaren westlichen Anschluss an das Gewerbegebiet Haan-Ost zwischen der Elberfelder Straße (B228) und der Landstraße sowie dem vorhandenen Sondergebiet „Lebensmittelmarkt“. Es umfasst die Flurstücke 176, 1324, 1326, 459 sowie Teilbereiche der Flurstücke 461 und 1325 aus der Flur 9 der Gemarkung Haan und aus der Flur 11 Teilbereiche des Flurstücks 493. Die genaue Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

3. Der Flächennutzungsplan wird im Bereich „Untere Landstraße“ gemäß den Darstellungen in dieser Sitzungsvorlage (14. Änderung des Flächennutzungsplans) im Wege der Berichtigung angepasst.“

---

## **12./ Aufnahme des Arbeitskreises ÖPNV als ständiger Arbeitskreis - Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2008**

---

### **Protokoll:**

Nachdem die Fraktionen von FDP und UWG in dieser Sache weiteren Beratungsbedarf angemeldet haben, wird die Entscheidung auf die nächste Ratssitzung vertagt.

---

## **13./ Beteiligungsbericht 2007 Bericht über die Beteiligung der Stadt Haan an privaten Unternehmen und Einrichtungen Vorlage: 23/018/2008**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

---

einstimmig

**Beschluss:**

„Der Beteiligungsbericht 2007 wird zur Kenntnis genommen.“

**14./ Resolution des Haaner Rates zum Entwurf des neuen Sparkassengesetzes**

**Protokoll:**

**Stv. Pohler** erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und verweist darauf, dass aufgrund des geänderten Gesetzesvorschlages durch den Landesgesetzgeber derzeit keine Resolution durch den Haaner Rat nötig sei. Je nachdem, welcher Beschluss gefasst werde, sei eine Wiedervorlage der Resolution aber nicht auszuschließen. Die Fragen der Bildung von Trägerkapital und Ausschüttungen seien als wesentlich anzusehen.

**Stv. Giebels** berichtet in seiner Funktion als Mitglied des Landtages NRW, dass ein geänderter Gesetzesvorschlag am morgigen Tage zum Beschluss im Landtag anstehe. Der vorliegende Entwurf schaffe die Voraussetzung dafür, dass die Sparkassen nicht NKF-bilanziert werden müssten. Die Lösung der Frage, ob Trägerkapital bei der Stadtparkasse Haan gebildet werden solle, habe der Haaner Rat selbst in der Hand.

**15./ Neubesetzung von Ausschüssen**  
**Vorlage: 40/005/2008**

---

**Abstimmungsergebnis:**

---

einstimmig

**Beschluss:**

„Für die ev. Kirche wird Frau Gudrun Obermeier als ständiges Mitglied und Frau Elke Jaite als stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Schulausschuss berufen.“

**15. Antrag der FDP-Fraktion**

1./

---

**Protokoll:**

Auf Nachfrage von **Stv. Pohler**, erklärt **Stv. Ruppert**, die FDP-Fraktion habe **Stv. Raabe** mit etwas Verzögerung als Nachfolger für die bereits im Dezember des letzten Jahres aus dem Rat der Stadt ausgeschiedene Frau Obermann in den Sparkassenverwaltungsrat benannt.

**Stv. Malovic** bezieht sich auf die neue personelle Situation im Sozialausschuss und kündigt an, nicht mehr mit **Stv. Daniel** in einem Ausschuss zusammen arbeiten zu wollen. Er möchte stattdessen Frau **AM Cordts** als ordentliches Mitglied in den Sozialausschuss entsenden. Er selbst stehe nur noch als stellvertretendes Ausschussmitglied im Sozialausschuss zur Verfügung.

**Stv. Stracke** wirft in seiner Funktion als Sozialausschussvorsitzender ein, dass **Stv. Malovic** auch 2. stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses sei und nur Ratsmitglieder eine solche Funktion übernehmen könnten, wolle die UWG diese Position behalten.

**Stv. Malovic** kündigt daraufhin an, nach fraktionsinterner Beratung zur nächsten Sitzung des Rates einen veränderten Antrag stellen zu wollen.

**Abstimmungsergebnis:**

33 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen

**Beschluss:**

---

„Die durch die FDP-Fraktion beantragten Ausschussumbesetzungen werden gem. der Anlage 3 beschlossen.“

## **16./ Beantwortung von Anfragen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Schüren** fragt, ob die Erstellung der obersten Deckschicht der Erschließungsstraße im Bereich „Zur alten Pumpstation“ zum Haaner Bahnhof beschleunigt werden könne.

*Stellungnahme der Verwaltung:* Vor Fertigstellung der Hochbauarbeiten im Baugebiet ist die Erstellung der Feindecke nicht sinnvoll. Die Verwaltung wird den Bauträger jedoch auffordern die Erschließungsstraße kurzfristig ohne Abschlussdecke zu asphaltieren.

**Stv. Stracke** fragt nach, wann der Rat über die von seiner Fraktion in der Sitzung des letzten HFA beantragten Resolution zur CO2-Leitung abstimmen könne.

**Bgm. vom Bovert** führt aus, diese Resolution sei bis zum heutigen Tage nicht von allen Bürgermeistern des Kreises unterzeichnet worden. Der Monheimer Bürgermeister habe seinem Rat eine abweichende Resolution zur Abstimmung vorgelegt, deren Beschluss aber scheiterte. Es sei aber möglich, die Resolution in ihrer ursprünglichen Fassung dem Rat vorzulegen.

**Stv. Drennhaus** möchte wissen, ob das Verfahren zur Offenlage des Bebauungsplans Nr. 95 durch die Verwaltung bereits erfolgt sei, was von **Bgo. Buckesfeld** bestätigt wird. Auch fragt er, ob es hinsichtlich des von der CDU-Fraktion erbetenen Beratungsbedarfes in Sachen Bebauungsplan Nr. 119 und der damit verbundenen erneuten Beratung in der nächsten Sitzung des PIUVA keine rechtlichen Bedenken gebe, da dieser hierzu doch schon eine Beschlussempfehlung abgegeben habe.

**Bgo. Buckesfeld** erklärt, dass der Rat über eine Satzung entscheide. Es bleibe den Ausschüssen unbenommen, mehrfach über Satzungen zu beraten und Empfehlungen zu erteilen.

**Stv. Lukat** hat beobachtet, dass der Fahrradstreifen auf der Hochdahler Straße von den meisten Schülern aus Sicherheitsgründen gemieden und stattdessen der Fußgängerweg genutzt werde. Dies könne zu gefährlichen Kollisionen mit Fußgängern gerade in der dunklen Jahreszeit führen. Sie fragt, ob die Verwaltung sich im Stande sehe, hier eine Schulwegsicherung durchzuführen oder zu einer Aufklärung beizutragen.

*Stellungnahme der Verwaltung:* Die Schulwegsicherung und die Aufklärung der Schüler ist an den zuständigen Bezirksbeamten der Polizei übertragen worden und wird bereits durchgeführt.

---

Nach der Straßenverkehrsordnung besteht für Schüler ab 12 Jahren eine Verpflichtung zur Benutzung von Radwegen oder Radfahrstreifen, soweit vorhanden.

Mit Rückblick auf die Diskussion im vergangenen BVFA, möchte **Stv. Wollmann** wissen, wann und in welcher Weise die Bürgeranhörung zum Ausbau der Bismarck- und Wilhelmstraße stattfindet.

**Bgo. Buckesfeld** gibt als Termin der Bürgeranhörung den 11.12.2008 ab 17.00 Uhr in der Aula des Gymnasiums bekannt. Diese werde wie in den Vorjahren laufen, anders sei nur die Vorstellung der vom BVFA beschlossenen Varianten.

---

## **17./ Mitteilungen**

### **Protokoll:**

**Bgm. vom Bovert** teilt mit, dass die letzte Ratssitzung des Jahres am 16.12.2008 im Bürgerhaus Gruiten und im Anschluss daran wie in den Vorjahren ein gemütliches Beisammensein im Restaurant „Mahnertmühle“ stattfindet.

**Stv. Kohl** teilt mit, dass ein steuerlicher Querverbund zwischen Stadtwerken und Hallenbad nach einem neueren Erlass des Bundesfinanzministeriums nicht möglich sein werde, wenn dieser Erlass Rechtskraft erlange. Grund sei die darin vorgeschriebene Verbindung zur Sparte Strom oder einem Heizblockkraftwerk.

**Bgm. vom Bovert** erklärt in dieser Sache bis zum 19.12.2008 abwarten zu wollen, ob der Erlass Gesetzeskraft erlange.

